

Pensionskassen 0,75 Prozent – ein gutes Signal?

Wie der weisse Rauch aus dem Vatikan, jedoch regelmässig im Jahrestakt entsteigt der BVG-Kommission die Empfehlung des Mindestzinssatzes für die Alterskapitalien in der zweiten Säule. Das Überraschungspotenzial bei diesem Vorschlag bleibt darauf begrenzt, dass ihm die Entscheidungsinstanz – der Bundesrat – nicht immer folgt, wie im letzten Jahr geschehen.

Ansonsten besteht mitunter Einigkeit darüber, dass dieser Prozess zum Ärgernis geworden ist, und zwar in verschiedener Hinsicht.

Zum einen sollte dieser Richtzinssatz vollständig entpolitisiert, also nicht durch eine Behörde verordnet werden. Vielmehr sollte der Entscheid delegiert und individualisiert, also den obersten Organen der Vorsorgeeinrichtungen übertragen werden, die wiederum einer in der Tendenz strengeren Aufsicht unterliegen.

Zum andern sollte die Festlegung jeweils rückwirkend, also zu Jahresende erfolgen, wie dies inzwischen für den effektiven Verzinsungsbeschluss bei einer Mehrheit der Pensionskassen zur Usanz geworden ist.

Und nun zum aktuellen Wert: Zwar scheint er plausibel, wenn man das ökonomische Umfeld betrachtet. Er macht aber nachdenklich. Würde ein höherer Wert die Stiftungen nicht motivieren, ihre Risikobudgets auszunutzen, und das Signal aussenden, dass die Akteure an das Kapitaldeckungsverfahren glauben?

Eine Rendite zwischen 1 und 2,5 Prozent kann durchaus erzielt werden

Die Behauptung sei erlaubt, dass längerfristig mit einem intelligenten Anlagemix – vor allem aus Aktien und Immobilien – die Sollrendite, die bei den meisten Schweizer Stiftungen zwischen 1 und 2,5 Prozent liegt, durchaus erzielt werden kann. Wahrscheinlicher ist aber, dass in einigen Jahren die Empfehlung bezie-



Werner Rutsch
Mitglied der
Geschäftsleitung
Axa IM (Schweiz)

«Über kurz oder lang wird kein Weg an der Flexibilisierung der Renten vorbeiführen.»

ungsweise der Mindestzins bei null liegen könnte, wie dies einige Aktuarien bereits heute fordern. Eine Legitimation der Nullverzinsung von Alterskapital hätte dramatische Folgen. Die aktiven Erwerbstätigen würden doppelt verlieren: Verlust von Zinseszinsseffekten und laufend weiter sinkende Umwandlungssätze. Umgekehrt würden die Aktiven das volle Anlagerisiko tragen, während die Renten unverändert bleiben. Pro memoria: Heute schon sind Nullverzinsungen möglich, einerseits im überobligatorischen Bereich und andererseits wenn sich eine Stiftung im Sanierungsmodus befindet.

Was die Umverteilung zu den Rentnern für den Einzelnen bedeutet, ist kaum fassbar

Was also ist zu tun? Über kurz oder lang wird kein Weg an der Flexibilisierung der Renten vorbeiführen. Dass der umtriebige Josef Bachmann, ausgewiesener Pensionskassengeschäftsführer im Ruhestand, mit seinem Versuch, eine entsprechende Volksinitiative zu lancieren, gescheitert ist, spricht Bände. Die Mehrheit der Stimmbürger ist sich der Problematik viel zu wenig bewusst. Zu präsent sind in Öffentlichkeit und Medien die Deckungsgrade der Pensionskassen, die meist über 100 Prozent liegen und damit prima vista eine heile Welt suggerieren. Viel zu wenig einprägsam und nachvollziehbar dagegen ist die laufende Umverteilung von den Aktiven zu den Rentnern, die zwar im Aggregat immer wieder mit den geschätzten 7 Milliarden Franken für das Jahr 2019 zitiert wird, aber für den einzelnen Versicherten kaum fassbar ist.

Wünschenswert wäre deshalb, in den jährlichen Versicherungsanzeigen eine Zeile mit einem konkreten Frankenbetrag einzufügen, der ausweist, wie viel Geld der Versicherte durch eine den überhöhten Renten geschuldete Minderverzinsung verliert. Nur eine solche plakative Visualisierung kann den Weg dazu ebnen, ein Konzept der flexiblen Renten einzuführen.

MEHRWERT (175)

Putzfrau mit Dokortitel

ESTHER-MIRJAM DE BOER

Es ist verrückt: Bestens ausgebildete Frauen bleiben zu Hause, um Mittags für die Kinder zu kochen, Hausaufgabenhilfe zu spielen, Wäsche zu waschen und die Wohnung zu putzen. Denn die Kinder sollen optimale Voraussetzungen für gute Bildung und Berufserfolg erhalten – das ist in der Schweiz die Kernkompetenz von Mamis. Der Aufwand wird geleistet, damit die Hälfte dieser Kinder später wieder bestens ausgebildete Hausarbeiten verrichtet. Derweil stimmen wir über eine Begrenzungsinitiative ab, die die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte einschränken soll, während wir die Ansiedelung ausländischer Firmen auf Schweizer Boden fördern, damit unsere Wirtschaft weiterwächst. Manchmal frage ich mich, ob jemand den Irrsinn in den Zusammenhängen erkennt. Wir fördern eine stupende Ineffizienz beim Wirkungsgrad der Bildung unserer Bevölkerung (Stichwort



«Wir fördern eine stupende Ineffizienz.»

Putzfrau mit Dokortitel) – und gleichzeitig steuern wir auf einen austrocknenden Fachkräftemarkt zu und hungern damit unser Wirtschaftswachstum aus. Das Treten an Ort mit hohem Kraftaufwand wird das Ergebnis sein. Oder schlimmer: Eine strauchelnde Volkswirtschaft. Das können wir uns im Kontext von Corona, Überalterung und Rechtsunsicherheit nicht mehr leisten.

Der «Schilling Report» weist 10 Prozent Frauen in Geschäftsleitungen und deren 23 Prozent in Verwaltungsräten der hundert grössten Schweizer Unternehmen aus. Wobei immer noch fast die Hälfte der Firmen keine einzige Frau in der Geschäftsleitung hat. Doch das ist nur die Rahmschicht. Getdiversity hat nun erstmals die Handelsregister-Daten von 7605 Schweizer Aktiengesellschaften mit mehr als fünfzig Mitarbeitenden untersucht. Der «Diversity Report Schweiz 2020» zeigt ein etwas nüchterneres Bild: Immerhin 19 Prozent der Firmen verfügen bereits über eine Geschlechtervertretung im Verwaltungsrat, die den Richtwerten im neuen Aktienrecht entspricht. Mit durchschnittlich 14 Prozent VR-Frauen hinken die mittleren und grossen Unternehmen den allergrössten jedoch deutlich hinterher. Zwei Drittel der Firmen arbeiten ausschliesslich mit Männern im Verwaltungsrat. Es ist mir klar, dass sich Akademikerinnen und Fachfrauen beim Putzen zu Hause nicht für Geschäftsleitungen und Verwaltungsratsarbeit qualifizieren. Wir brauchen dringend einen Strukturwandel.

Esther-Mirjam de Boer, Mitglied Verband Frauenunternehmen, CEO Getdiversity.

5G Jetzt vorwärts machen!

Die Schweiz bleibt dann erfolgreich, wenn wir die Digitalisierung in unserem Land rasch vorantreiben. Nur leider sieht die Realität bedenklich aus. Die Schweiz hinkt in vielen Bereichen hinterher – der leidige Höhepunkt ist die aktuelle Situation im Gesundheitswesen. Aber auch beim Mobilfunknetz und dem Ausbau auf 5G ist die Situation alarmierend. Die Covid-19-Krise hat eindrücklich gezeigt, wie notwendig ein Telekommunikationsnetz von hoher Qualität sowohl für die Arbeitswelt als auch für das Privatleben ist.

Aktuell werden die Modernisierung und der notwendige Ausbau der Netze aber politisch verzögert. Die Gründe? Seit langem fehlende Vollzugshilfen für die neuen adaptiven Antennen, da sind Behörden, welche Bewilligungsverfahren hinauszögern, die Standort-suche für neue Antennen ist erschwert – und bis vor kurzem fehlte es an Leadership beim Bundesrat.

Es droht die Gefahr, dass die Schweiz international den Anschluss verliert. Der positive Bundesratsentscheid, die FDP-Motion für einen raschen Aufbau des künftigen Mobilfunknetzes anzunehmen, ist da ein Silberstreifen am Horizont. Es scheint, als hätten nach jahrelangem Stillstand der Bundesrat und vor allem das Uvek die Dringlichkeit erkannt. Gut so.

Es muss nun rasch vorwärtsgehen. Die Fakten sind bekannt, die Lösungen vorhanden. Wenn es dem Bundesrat ernst ist, dann sollte er unverzüglich die notwendigen Schritte einleiten. Denn die Kompetenzen für die



«5G spart Energie und senkt den CO₂-Ausstoss pro Gigabyte.»

Christian Wasserfallen
Nationalrat FDP

notwendigen Anpassungen in der Strahlenverordnung (NISV) und für den Vollzug dieser Verordnung liegen bei der Exekutive. Gleichzeitig hat die Comcom bei der vom Uvek eingesetzten Expertengruppe «Mobilfunk und Strahlung» mitgearbeitet und bereits im vergangenen Jahr aufgezeigt, wie 5G in der Schweiz erfolgreich eingeführt werden kann. Dieser Vorschlag funktioniert und gibt die Umsetzungsmöglichkeiten faktisch vor. Denn klar ist: Der Status quo ist gleichbedeutend damit, dass 5G in der Schweiz jahrzehntelang nicht Realität werden kann.

5G ist wichtig für den Standort Schweiz – und in Krisensituationen sowieso

5G ist nicht nur in Krisen wichtig – sondern für unseren Wirtschaftsstandort per se. 5G ist die Basisinfrastruktur der notwendigen Digitalisierung. Die massiv erhöhte Bandbreite und die kürzere Reaktionszeit für

Anwendungen in Echtzeit ermöglichen Innovation in einer Vielzahl von Bereichen. Zudem werden dank 5G pro übertragenes Gigabyte fast 90 Prozent der Energie und des CO₂-Ausstosses eingespart. International wollen wir hier eine Vorreiterrolle spielen.

Auch tun wir gut daran, beim Thema 5G mehr auf die Wissenschaft zu hören – gerade beim dominierenden Thema der Strahlenbelastung ist die Forschungslage klar: Die WHO und die überwiegende Mehrheit seriöser und anerkannter Wissenschaftler bestätigen, dass 5G innerhalb von international anerkannten Grenzwerten unbedenklich ist.

Die Schweiz und ihre Mobilfunkbetreiber sind bei der Modernisierung ihrer Mobilfunknetze gut gestartet, hinken nun aber hinterher. Es gilt jetzt, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir die Chancen der Digitalisierung umfassend nutzen können. Damit sind wir in Krisen künftig besser gewappnet. 5G ist eine unverzichtbare Grundlage dazu.

DIALOG



HZ online 28.8.2020
«Impulsgeber 2020: Pilotin Fanny Chollet»
Gibt es einen Grund, dass wir unseren Luftraum mit ultraleichten fliegenden Waffensystemen schützen müssen? Oder geht es gar nicht um den Schutz der Schweizer Bevölkerung? Geht es gar nicht darum, den bestmöglichen Kampfjet für die Schweiz zu kaufen – sondern um Politik? Wird der Flugzeugkauf abgelehnt, muss das entstehende «Luftverteidigungs-

vakuum» im Zentrum von Europa durch die Nato abgedeckt werden. Eine Ausserkraftsetzung unseres Bundesverfassungsauftrages (Schutz der Bevölkerung) könnte um ein Vielfaches mehr an Ausgleichszahlungen an die Nato-Staaten verursachen, als der Betrieb einer eigenen Luftwaffe kosten würde!
Kurt Spalinger



HZ online 28.8.2020
«Impulsgeber 2020: Jérôme Cosandey»
Ich bin sehr erfreut und geehrt, als einer der #Impulsgeber 2020 gewählt worden zu sein. Diese Auszeichnung ist auch eine Anerkennung für das Engagement von @Avenir_Suisse für einen nachhaltigen Generationenvertrag. Danke!
@Handelszeitung
@EuropaForum_LU
Jérôme Cosandey
@JCosandey

HZ online 15.8.2020
«Topmanagerin Stephanie Naegeli revolutioniert die Schweizer Kantinen»
I had a great time talking to Andreas Güntert @handelszeitung about digital innovation in the food industry and keeping a startup mindset in big companies #foodinnovation #intrapreneurship
Stephanie Naegeli @feketes



HZ online 28.8.2020
«Jeff Bezos ist nun 200 Milliarden Dollar schwer»
Reich an Egoismus. Man darf auch mal forschen, ob Menschen mit solchen Vermögen nicht eher schädlich für das Gemeinwohl sind. (Nein, bin kein Sozialist.) Dieses «The winner takes it all»-Prinzip wird eine Bedrohung für die Menschheit. Einer hat Milliarden und alle anderen wohnen am Strassenrand oder unter der Brücke.
Arwed Bamert

Und ab 2023 wird es keine Social Security mehr geben, wenn Trump weitere «Tax cuts» macht. Diese Gegensätze sind viel zu gross geworden und man kann am Beispiel der USA sehen, was mit so einer Gesellschaft passiert, selbst wenn man Corona und BLM aussen vor lässt.
Guido Deckstein

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
@ **E-Mail:** redaktion@handelszeitung.ch
@ **Twitter:** twitter.com/handelszeitung
@ **Facebook:** facebook.com/handelszeitung
@ **Online:** Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel